



Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 27. April 2010

Vorlagen-Nr. 10-F-25-0038

Grünzug Industriepark

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 12.4.2010 -

Mit dem Bebauungsplan „Grünzug Industriepark“ werden die planerischen Voraussetzungen für die Herstellung eines öffentlich nutzbaren Grünzugs auf den Flächen von InfraserV geschaffen. Gleichzeitig wird die Umsetzung der im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehenen Glarusstraße als Verbindung zwischen Rheingaustraße und Kasteler Straße ermöglicht. Daneben soll ein städtebaulicher Vertrag mit InfraserV die Qualität der Herstellung und Unterhaltung des Grünzugs durch InfraserV sichern und die Grundlagen für die begleitenden Grundstücksgeschäfte vorbereiten. Der städtebauliche Vertrag sichert die im Bebauungsplan dargestellten Ziele ab.

Wesentlicher Bestandteil der Entwicklung vor Ort sind Projekte, die im Rahmen der „Sozialen Stadt Biebrich-SüdOst“ realisiert werden sollen. Hierfür sind Zusetzungen im Haushalt vorgenommen worden. Auch mit dem Ortsbeirat wurden im November 2009 entsprechende Verabredungen getroffen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie sich der aktuelle Sachstand der Projekte im Rahmen der „Sozialen Stadt Biebrich-SüdOst“ darstellt,
- wie hoch die verfügbaren Förderbudgets sind und wie diese für die Realisierung der Projekte eingesetzt werden,
- wie die im Haushalt zugesetzten Finanzmittel verwendet werden,
- bis wann die im November 2009 mit dem Ortsbeirat vereinbarte Vorgehensweise umgesetzt wird bzw. welche Konsequenzen eintreten, sofern die Projekte der Sozialen Stadt Biebrich nicht fortgeführt werden.

Beschluss Nr. 0092

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie sich der aktuelle Sachstand der Projekte im Rahmen der „Sozialen Stadt Biebrich-SüdOst“ darstellt,
- wie hoch die verfügbaren Förderbudgets sind und wie diese für die Realisierung der Projekte eingesetzt werden,
- wie die im Haushalt zugesetzten Finanzmittel verwendet werden,
- bis wann die im November 2009 mit dem Ortsbeirat vereinbarte Vorgehensweise umgesetzt wird bzw. welche Konsequenzen eintreten, sofern die Projekte der Sozialen Stadt Biebrich nicht fortgeführt werden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2010

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2010

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2010

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister